

**Antrag 164/I/2024****KDV Marzahn-Hellersdorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****AfD-Verbot jetzt prüfen!**

1 Die kürzlich erschienene Recherche des journalistischen  
2 Kollektivs "Correctiv" hat noch prägnanter als zuvor ver-  
3 deutlicht, dass die AfD in ihrer aktuellen und bisherigen  
4 Form eine Gefahr für Menschen marginalisierter Grup-  
5 pen darstellt. Mit ihrem sog. "Masterplan für Deutsch-  
6 land" plante die rechtsextreme, faschistische Partei mi-  
7 grantisierte Menschen sowie deren Unterstützer\*innen  
8 zu "remigrieren", also gewaltvoll von ihrem Lebensmittel-  
9 punkt zu entfernen. Die Enthüllungen stellen dabei nur  
10 die Spitze des Eisberges dar, wenn man sich in Erinnerung  
11 ruft, dass die selben Rechtsradikalen 2015 auf Geflüchte-  
12 te schießen wollten, den EU-Austritt fordern und queer-  
13 feindliche Äußerungen auf der Tagesordnung stehen.

14  
15 Auch die Berliner AfD fällt immer wieder durch rechtsex-  
16 tremen und rassistischen Äußerungen auf. In vielen Berliner  
17 Bezirken erleben wir immer wieder aufs neue die Radika-  
18 lität und Menschenfeindlichkeit der Partei – auch und be-  
19 sonders in der Kommunalpolitik. Als SPD stellen wir uns  
20 dieser Entwicklung jeden Tag entgegen und tolerieren das  
21 Agieren einer solchen Partei nicht.

22  
23 Wir fordern daher, an den zuständigen Stellen darauf hin-  
24 zuwirken die Prüfung eines Antrages auf ein Verbot der  
25 AfD gemäß Art. 21 Abs. 2 GG vorzubereiten und bei po-  
26 sitiver Prüfung beim Bundesverfassungsgericht einzurei-  
27 chen.

28

29

30

31

**32 Begründung**

33 Gemäß Artikel 21, Absatz 2, gelten Parteien als verfas-  
34 sungswidrig, wenn ihre Ziele oder das Verhalten ihrer An-  
35 hänger darauf abzielen, die freiheitliche demokratische  
36 Grundordnung zu beeinträchtigen, zu beseitigen oder den  
37 Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden.

38 Das bedeutet, dass u.a. die Achtung der Menschenrech-  
39 te, wie sie im Grundgesetz konkretisiert sind - vor allem  
40 das Recht auf Leben und freie Entfaltung der Persönlich-  
41 keit, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerich-  
42 te und die Chancengleichheit für alle politischen Partei-  
43 en mit dem Recht auf die Bildung und Ausübung einer  
44 Opposition von dieser Partei bekämpft werden. Die AfD  
45 versucht systematisch durch den Aufbau von Strukturen  
46 im Hintergrund, und auch durch die „Sagbarmachung“  
47 von verfassungsfeindlichen Inhalten, genau diese grund-

48 legenden Prinzipien abzuschaffen. So zeigt die Recherche  
49 von Correctiv und auch die zahlreichen Äußerungen von  
50 AfD Politiker\*innen, dass gerade die Achtung der Men-  
51 schenrechte, wie sie im Grundgesetz (mit-) verbrieft sind,  
52 abgelehnt wird. So wollten sie auf „Geflüchtete schießen“  
53 und leugnen die Existenz von Trans\*personen konsequent.  
54 Gleichzeitig versuchen sie systematisch, demokratischen  
55 Strukturen abzuschaffen. Ihre Strategie beinhaltet die Dif-  
56 famierung und in Konsequenz die Abschaffung des politi-  
57 schen Gegners. Dies bedeutet nichts anderes, als die Ab-  
58 schaffung einer Opposition bei einer AfD Regierung.  
59 Die AfD und ihre Anhänger\*innen, sowie das mit ihr ver-  
60 bundene Netzwerk, erfüllen diese Voraussetzungen. Aus  
61 diesem Grund ist ein Parteiverbot die logische Conse-  
62 quenz aus dem Anspruch einer wehrhaften Demokratie.  
63 Wir sind uns bewusst, dass ein Parteiverbot nicht die um-  
64 fassende Lösung für den Kampf gegen die verschiede-  
65 nen Formen von Diskriminierung, die es in unserer Gesell-  
66 schaft gibt, darstellt.  
67 Ein Parteiverbot bleibt jedoch das einzige Mittel, um zu  
68 verhindern, dass der parlamentarische Arm des Faschis-  
69 mus in Deutschland erneut an die Macht gelangt.  
70 Ein Parteiverbotsverfahren hat nie eine Erfolgsgarantie,  
71 wie jedes Gerichtsverfahren. Eine wehrhafte Demokratie  
72 muss sich wehren - und die Gefahr, die von der AfD aus-  
73 geht, verlangt, dass wir uns mit allen Mitteln wehren und  
74 die Demokratie verteidigten. Dazu muss ein Verbotsver-  
75 fahren gehören.